



Kleine Anfrage

des Abgeordneten Johann Wadehul (CDU)

und

Antwort

der Landesregierung - Innenministerium

Sicherheitspaket / Innere Sicherheit

Vorbemerkung des Fragestellers:

Die Landesregierung hat am 16. Oktober 2001 ein sog. Sicherheitspaket verabschiedet. Mit Schreiben des Innenministers vom 27. November 2001 (Umdruck 15/1680) wurde dem Landtag eine detaillierte Auflistung zum damaligen Haushaltsentwurf zugeleitet.

1. Geht die Landesregierung jetzt von einer veränderten Sicherheitslage aus?

Wenn ja, inwiefern und warum?

Antwort:

Die Sicherheitslage in der Bundesrepublik Deutschland und damit auch die Sicherheitslage in Schleswig-Holstein ist nach wie vor gekennzeichnet durch die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus islamistischer Prägung.

Diese Bedrohung besteht seit dem 11. September 2001 unvermindert fort und hat sich u.a. durch das Engagement Deutschlands in Afghanistan eher gefestigt. Die Gefährdung durch die Al Qaida bzw. durch die Netzwerke arabischer Mudjahedin hält an.

2. Welche konkreten Maßnahmen wurden durch die Mittel des Haushaltes 2003 in den Bereichen Landespolizei, Verfassungsschutz sowie Staatsanwaltschaften / Gerichte/ Strafvollzug getroffen?

Welche konkreten Verbesserungen oder Erfolge wurden erzielt?

Antwort:

Die Mittel aus dem Sicherheitspaket sind in 2003 bei der **Landespolizei** insbesondere für eine Verbesserung der Kommunikation, eine Optimierung der Führungs- und Fahndungstechniken sowie für eine Stärkung der polizeilichen Präsenz und Intensivierung der Streifentätigkeit eingesetzt worden.

Der Haushaltsansatz 2003 für Zwecke des **Verfassungsschutzes** deckt neben dem laufenden Bedarf auch die Folgekosten aus dem 2001 beschlossenen Sicherheitspaket ab. Außerdem wurden die Anbindung an eine automatisierte Bund/Länder - Datei sowie der Aufbau einer behördeninternen Arbeitsdatei finanziert. Die Auswertungsarbeit im Bereich „Militanter Islamismus“ wird damit verbessert.

Im **Justizvollzug** ist für die Koordination der Arbeit mit ausländischen Gefangenen eine Stelle neu eingerichtet worden. Für die Behandlung von Gewaltstraftätern sind in der JVA Lübeck (Langstrafenvollzug) sowie der Jugendanstalt insgesamt drei Psychologen neu eingestellt worden. Die Untersuchungshaftbereiche in den Justizvollzugsanstalten Flensburg, Lübeck und Neumünster sind mit insgesamt drei Mitarbeitern verstärkt worden.

Durch die genannten Maßnahmen ist eine erhebliche Verbesserung in den genannten Arbeitsfeldern eingetreten. Die Arbeit mit ausländischen Gefangenen ist erheblich intensiviert worden. Die Behandlungsmöglichkeiten von gewaltbereiten Gefangenen sind verbessert worden.

Vier der im Haushalt 2002 neu eingerichteten Stellen sind zunächst nicht genutzt worden. Die Stellen sind Anfang 2003 zur Ausstattung der Sozialtherapie in der JVA Lübeck besetzt worden.

Am 1. November 2002 wurde im Bereich der Gerichte und Staatsanwaltschaften

eine Mobile Einsatzgruppe (MEG), bestehend aus 7 besonders ausgebildeten und trainierten Justizwachtmeisterinnen und Justizwachtmeistern mit entsprechender Sachausstattung, eingerichtet. Im Jahre 2003 wurde die MEG von den Gerichten des Landes zu 52 Einsätzen angefordert. Durch die Einrichtung der MEG konnte die Sicherheit in den Justizbehörden nachhaltig verbessert werden. 2 weitere Justizwachtmeister wurden zur Sicherung des Eingangsbereichs bei Gerichten eingestellt.

3. Hat die angekündigte zusätzliche Einstellung von 100 Anwärterinnen und Anwärtern in der Landespolizei auch aus heutiger Sicht zu einer nachhaltigen Anhebung des Stellenvolumens in der Landespolizei um netto 100 Stellen geführt?

Antwort:

Die zusätzlichen Einstellungen von insgesamt 100 Polizeianwärterinnen und Polizeianwärtern erfolgte sukzessive zum 1. Februar 2002 (25), 1. August 2002 (50) und zum 1. August 2003 (25) auf Stellen für Auszubildende, die die Landesregierung noch 2001 (Nachschiebeliste) zur Verfügung stellte.

Die Übernahme der Auszubildenden auf reguläre Planstellen erfolgt ebenfalls sukzessive, so dass mit den Haushalten 2003-2005 zur Übernahme der Anwärterinnen und Anwärter 75 Planstellen beantragt worden sind. Die ersten beiden Raten sind mit den Haushalten 2003 (25 Planstellen) und 2005 (50 Planstellen) im Kapitel 0410 (Polizei) ausgewiesen worden. Es ist beabsichtigt, die letzte Rate in Höhe von 25 Planstellen für den Haushalt 2006 zu beantragen.

Nach derzeitigem Planungsstand ist mit der Verabschiedung des Haushaltes 2006 von einer Sollerhöhung von insgesamt 100 Planstellen aus dem Sicherheitspaket für den Polizeivollzugsdienst auszugehen.

4. Inwiefern haben die angekündigten personellen Verstärkungen im Bereich der Staatsanwaltschaften / Gerichte / Strafvollzug zu einer nachhaltigen Anhebung des Stellenvolumens in der Gerichtsbarkeit und Justiz geführt?

Antwort:

Die neuen Stellen im Justizvollzug haben das Stellenvolumen des Vollzuges erhöht. Angesichts der weiter bestehenden hohen Belegung in den Anstalten und einer schwieriger gewordenen Klientel sind die neuen Stellen auch in Zukunft erforderlich.

Zur personellen Verstärkung im höheren Dienst (ohne Vollzug) wird zunächst Bezug genommen auf die Beantwortung der Kleinen Anfrage des Abgeordneten Schlie (Drucksache 15/2133, Frage 12). Die durchschnittliche Besetzung von Stellen konnte in den Jahren 2002 und 2003 in der ordentlichen Gerichtsbarkeit um 5 und in der Staatsanwaltschaft um 3 erhöht werden.

In der ordentlichen Gerichtsbarkeit und bei den Staatsanwaltschaften sind im gleichen Zeitraum im mittleren Dienst 4, im Schreibdienst 7 und im Justizwachmeisterdienst 9 Stellen zusätzlich besetzt worden.

Das angehobene Niveau soll 2004 in allen Bereichen gehalten werden.

5. Wie hoch war, ist und wird das Stellenvolumen in der Landespolizei (Schutz- und Kriminalpolizei) in den Jahren 2000 bis 2005 netto sein?

Antwort:

Siehe Tabelle

Beschäftigte *	01.01 2000	01.01. 2001	01.01. 2002	01.01. 2003	01.01 2004	01.01. 2005
Planstellen für den Polizeivollzugsdienst Schutz- und Kriminalpolizei*	6.505	6.464	6.452	6.490	6.470	6.512

*= ohne Stellen für Auszubildende

Die Stellenfluktuation zwischen den einzelnen Jahren resultiert aus Einsparungsverpflichtungen (nur für das Haushaltsjahr 2000 in Höhe von 35 Planstellen), Umwandlung in Stellen für den Tarifbereich, Übertragungen aus oder in andere Kapitel und neuen Planstellen für das Sicherheitspaket, für Finanzaufstellungen und für die Übernahme von Aufgaben der Fischereiaufsicht bei der Wasserschutzpolizei.

Hinsichtlich der 100 Planstellen aus dem Sicherheitspaket wird auf die Antwort zu Frage 3 verwiesen.